

Rüstungspolitik

Hamburg hat immer noch ein friedliches Image: Viele HamburgerInnen glauben, die Rüstungsindustrie spiele für die Hansestadt keine Rolle. Dabei ist Hamburg ein international bedeutender Produktions- und Umschlagplatz für milliardenteure Waffensysteme und militärisches Wissen. Krieg allerdings ist die am wenigsten nachhaltige Form des Wirtschaftens. Rüstung vergeudet nicht nur Ressourcen, sondern verteidigt auch noch diese Verschwendung. Auch die Militarisierung der Sicherheitspolitik, etwa um MigrantInnen auszugrenzen, steht den Zielen einer nachhaltigen Entwicklungspolitik und einer gerechten Verteilung von Lebenschancen entgegen.

Wie geschmiert – Rüstung in Hamburg

In seinem eindrucksvollen Buch »Wie geschmiert« (Walden, Hans: Wie geschmiert. Rüstungsproduktion und Waffenhandel im Hamburger Raum. Idstein 1997) hat der Historiker Hans Walden vor zehn Jahren das Interessenpuzzle der Rüstungswirtschaft zusammengesetzt und dabei mehr als einhundert rüstungsproduzierende Betriebe in Hamburg aufgeführt. Seitdem hat sich nicht viel verändert: Die in Hamburg agierenden Wirtschaftskonzerne haben sich nicht aus der Rüstungsproduktion zurückgezogen,

sondern positionierten sich auf dem Weltmarkt und können nun ihre Auftragsbücher mit den Bestellungen der Bundeswehr und ausländischer Kampfverbände auf Jahre hinaus füllen. Und der Hamburger Senat greift ihnen dabei – stets mit dem Argument, Arbeitsplätze sichern zu wollen – tat-

und finanzkräftig unter die Arme, sei es mit günstigen Gewerbemieten zum Beispiel im Hafen oder mit Gesetzesänderungen, die exakt auf die Bedürfnisse und Forderungen der Unternehmen zugeschnitten sind.

Die in diesem Bereich wohl prominentesten Konzerne in Hamburg sind die EADS-Tochter Airbus in Finkenwerder sowie Blohm und Voss als Teil des Werftenverbundes ThyssenKrupp Marinesystems AG.

Die Bundeswehr – beste Kundin der EADS

Im Juni 2002 stimmten die Bürgerschaftsabgeordneten von SPD und CDU gemeinsam für die so genannte »Lex Airbus«. Das Gesetz stufte die Werkserweiterung in Finkenwerder – nach jahrelangen Auseinandersetzungen unter anderem mit AnwohnerInnen und Umweltschutzverbänden – als gemeinnützig ein. Damit war der Weg für die Stadt frei, GrundeigentümerInnen im Namen des Gemeinwohls zu enteignen, um die Start- und Landebahn erneut zu verlängern.

Airbus ist als Flugzeugwerk für zivile Maschinen wie der Riesenflieger A 380 bekannt. Allerdings ist das Hamburger Werk auch für die Konstruktion des völlig neuen Military Airbus A 400 M verantwortlich: ein fliegender Transporter, der in der Luft betankt werden kann und so ohne Zwischenstopp beladen mit Kampfhubschraubern, Schützenpanzern und gepanzerten Transportkraftfahrzeugen nonstop den weltweiten Einsatz der Bundeswehr gewährleisten soll. Größter Einzelkunde der EADS im Rüstungsbereich ist die Bundeswehr. Sie zahlte im vergangenen Jahr laut Lühr Henken, dem Sprecher des Hamburger Forums für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, rund 2,4 Milliarden Euro für Neuan-

Fregatte HAMBURG und die Protest-Barkasse ANTOINETTE

Wenige Tage vor dem 60. Jahrestag des Kriegsendes und der Befreiung vom Faschismus präsentierte die deutsche Marine auf Einladung des CDU-Senats ihre Waffen: Die neue Fregatte HAMBURG mit Bürgermeister Ole von Beust an Bord führte mit vier weiteren Kriegsschiffen die große Einlaufparade zum Hafengeburtstag 2005 an und lud Kinder und Erwachsene zur Besichtigung.

»Kriegsschiffe – Nein Danke!« antworteten daraufhin AktivistInnen vom Hamburger Forum und dem Flüchtlingsrat. Auf der kleinen Barkasse ANTOINETTE hatten sie das Transparent befestigt, schipperten der Einlaufparade entgegen und erregten bei den ZuschauerInnen große Aufmerksamkeit. Allerdings nicht lange: Die Wasserschutzpolizei stoppte das Boot, stellte fest, dass die AktivistInnen eine nicht-angemeldete Versammlung durchführten, »erlaubte« auch keine spontane Versammlung, nahm die Personalien auf und beschlagnahmte das Transparent. Recht auf freie Meinungsäußerung? Recht auf Protest gegen den Auftritt der Bundeswehr? Fehlanzeige. Beim Militär hört bekanntlich der Spaß (und die Demokratie) auf!

schaftungen an EADS. Verschiedene europäische Partner orderten gemeinsam 192 Maschinen; allein aufs Konto der Bundeswehr gehen davon 60 Flieger zum derzeitigen Preis von insgesamt 9,2 Milliarden Euro.¹

Mittlerweile ist ein Konsortium aus Banken und Bundesländern bei EADS eingestiegen – dem Konsortium gehören neben den Versicherungen und Banken über Beteiligungsgesellschaften auch fünf Bundesländer an – unter anderem Hamburg. Damit ist die Stadt, wenn auch nur mit kleinem Anteil, direkt am Rüstungs- und Flugzeugbaukonzern beteiligt.

Auf eine bis zu den Weltkriegen des 20. Jahrhunderts reichende Tradition als Waffenproduzent blickt der Hersteller von U-Booten und Kriegsschiffsystemen, Blohm und Voss (bzw. ThyssenKrupp), zurück. Die bei der Hamburger Werft gebauten bzw. betreuten Fregatten zählen zu den teuersten Waffensystemen; die F-124 ist – auch durch die hohen Entwicklungskosten und die extrem leistungsstarke Luftabwehrtechnik – mit rund 733 Millionen Euro die teuerste deutsche Waffe aller Zeiten. Die nach Plänen von Blohm+Voss gebauten Korvetten haben Marschflugkörper an Bord, mit denen aus küstennahem Flachwasser heraus Ziele weit im Landesinneren getroffen werden können. Sie sind also potenziell Teil eines militärischen Offensivkonzeptes. Zu dem Kriegsschiff »Hamburg« pflegt die Hansestadt eine innige Patenschaft und lud die Fregatte 2005 zum Hafengeburtstag ein. Dort führt jedes Jahr ein Kriegsschiff die traditionelle Parade an.

Ole von Beust will kein »Mayor for Peace« sein

Seit 1982 sind mehr als 700 Bürgermeister aus 108 Ländern der von den Stadtchefs Hiroshimas und Nagasakis gegründeten weltweiten Bewegung »Mayors for Peace« beigetreten, um für die globale Abrüstung aller Atomwaffen einzutreten (www.mayorsforpeace.de). Allein aus Deutschland sind mehr als 300 Städte dabei – Hamburg jedoch fehlt auf der langen Liste, auf der Großstädte wie Aachen, Berlin, München, Stuttgart, Dresden und auch zahlreiche kleinere Kommunen zu finden sind. Die Anfrage, sich auch als »Bürgermeister für den Frieden« zu erklären, wies Ole von Beust im April 2005 ab.

Tamm-Museum: Verstaubtes Gedankengut

Der ehemalige Vorstandschef des Axel-Springer-Verlags und Privatsammler Peter Tamm bekommt – trotz massiver Proteste – für seine marinegeschichtlich-militaristische Sammlung eine neue Herberge: Für die umstrittenen Militaria überlässt der Hamburger Senat Peter Tamm den Kai-Speicher B in der HafenCity 99 Jahre lang mietfrei – und ohne Einfluss auf das Ausstellungskonzept. Außerdem spendiert die Stadt inmitten Zeiten sozialer Kürzungen rund 30 Millionen Euro für den Umbau. Die Befürchtung, das Internationale Marine- und Schifffahrtsmuseum könne zum Wallfahrtsort für Neona-

zis werden, konnten bislang weder der Senat noch der hofierte Sammler ausräumen. Durch Tamm's Militaria-Sammlung weht noch heute der Geist des 19. Jahrhunderts, der Soldatentum und Eroberergeist zu wertvollen Tugenden verklärte. Eine moderne Stadt, deren Zukunft in ihrer Internationalität liegt, darf es sich nicht leisten, die Verbreitung von verstaubtem Gedankengut durch teure Geldgeschenke zu fördern.



Was wir wollen

- ▶ Der Senat ist in der Pflicht, die Bevölkerung über die Geschäfte, die mit Waffen und militärischem Wissen in und über Hamburg abgewickelt werden, aufzuklären. Unverzichtbar ist dabei, die Hilfen aus dem Hamburger Haushalt transparent und nachvollziehbar zu machen, mit denen der Senat versucht, global agierende (Rüstungs-)Konzerne zu binden und zu fördern.
- ▶ Hamburg als Welthafen und Wirtschaftsmetropole soll friedenspolitische Forschung im Sinne der Krisenprävention und der friedlichen Konfliktbearbeitung fördern.
- ▶ Die Stadt Hamburg soll die Patenschaft für das gleichnamige Kriegsschiff, die Fregatte HAMBURG, kündigen! Hamburg sollte auch auf das öffentliche Zurschaustellen von Waffensystemen verzichten.
- ▶ Im Sinne nachhaltigen Wirtschaftens soll sich die Stadt verpflichten, die Produktion von Kriegswaffen nicht mit Mitteln der Hamburger Wirtschaftsförderung zu unterstützen. Hamburg soll sich auf nationaler und europäischer Ebene für die Beschränkung von Rüstungsproduktion und -export einsetzen.
- ▶ Hamburg soll sich zur Internationalen Friedensarbeit bekennen und der Initiative »Mayors for Peace« beitreten.

¹ Quelle: Wolfgang Schneiderhan (Generalsinspekteur der Bundeswehr): Bundeswehrplan 2008 vom März 2007